

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 19.10.2005
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 29.09.2005
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 19:27 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 05.07.2005 - öffentlicher Teil -
397/2005**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004 - 2008
497/2005**
- 6. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 und Finanzplanung**

- 2005 bis 2009**
447/2005
7. **Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
401/2005
 8. **Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für die Wirtschaftsjahre 2005 / 2006**
426/2005
 9. **Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
419/2005
 10. **Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "StadtGrün Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
410/2005
 11. **Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
414/2005
 12. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
489/2005
 13. **Stellenplan 2005 / 2006**
A) Stellenanhebungen - Arbeiter -
B) Stellenanhebungen - Angestellte -
C) Stellenanhebungen - Beamte -
D) Stellenanhebungen - Beamte Feuerwehr -
E) Neue Stellen
F) Stelleneinsparungen
452/2005
 18. **Einwohnerfragestunde**
499/2005
 14. **Beteiligungsbericht 2003**
409/2005
 15. **Feststellung des Jahresabschlusses 2004 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "StadtGrün Bergisch Gladbach"**
413/2005
 16. **Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
490/2005

17. **Jahresabschluss 2004 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
377/2005
19. **Erlass einer III. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung**
456/2005
20. **Sparkonzept "Zukunft heute" des Erzbistums Köln**
Umsetzung in Bergisch Gladbach
271/2005
21. **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten**
279/2005
22. **Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 1134 - Im Krusbusch -**
- Beschluss zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
175/2004
23. **Bebauungsplan Nr. 3 - Hüttenstraße - 1. Änderung**
- Beschluss zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
466/2005
24. **Bebauungsplan Nr. 2397 - Richard-Seiffert-Straße II -**
- Beschluss zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
468/2005
25. **Bebauungsplan Nr. 2442/2 - Kradepohlswiese -**
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung
469/2005
26. **Bebauungsplan Nr. 2119 - Kalköfen Cox - (Aufstellung) und Bebauungsplan Nr. 28, Teil 3 - Stadtmitteprojekt - 1. Änderung (teilweise Aufhebung)**
- Beschluss der Anregungen
- Städtebaulicher Vertrag
- Beschluss als Satzung
473/2005
27. **Bebauungsplan Nr. 2148 - Höhenweg -**
- Beschluss einer Veränderungssperre
474/2005
28. **Außenbereichssatzung Nr. 4232 - Untersteinbach -**
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung
477/2005
29. **Abweichungssatzung gemäß § 8 Abs. 4 EBS für die Abrechnung der Teileinrich-**

- tung Grunderwerb in den Erschließungsanlagen Hackberg, Im Alten Feld und Kauler Kreuzgasse
399/2005
30. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) zur Umsetzung des Elektrogesetzes sowie einer Kooperationsvereinbarung mit dem BAV und der AVEA GmbH
438/2005
- 31.1 Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.08.2005 und 13.09.2005 zur Ausschussbesetzung
500/2005
- 31.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 13.09.2005 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen
501/2005
- 31.3 Antrag der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 14.09.2005 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen
488/2005
- 32.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 01.09.2005 auf Änderung des § 15 der städtischen Hauptsatzung bezüglich der Beförderung von Beamten
482/2005
- 32.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 13.09.2005 zur Einführung von Kulturförderrichtlinien
502/2005
- 32.3 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005 zur Zusammenlegung
1. des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann mit dem Sozialausschuss und
2. des Finanz- und Liegenschaftsausschusses mit dem Hauptausschuss
508/2005
- 32.4 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, § 29 Geschäftsordnung des Rates um folgenden Absatz 6 zu ergänzen: Die Fraktionsvorsitzenden oder deren Stellvertreter haben in allen Ausschüssen das Recht, mit beratender Stimme teilzunehmen
510/2005
- 32.5 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, die Zuwendungen an die Fraktionen um 15 % zu kürzen.
509/2005
- 32.6 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, eine Entgeltregelung für die Nutzung von städtischen Schwimm- und Sportanlagen durch Vereine einzuführen
511/2005
- 32.7 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, im städtischen Bereich Stra-

Benbau für den Etat 2005/2006 finanzielle Kürzungen in Höhe von 1.000.000,-- € vorzunehmen
513/2005

32.8 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, im Bereich Stadtgrün für den Etat 2005/2006 eine finanzielle Einsparung von 300.000 € vorzunehmen
512/2005

33. Anfragen der Ratsmitglieder

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- nichtöffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom
05.07.2005 - nichtöffentlicher Teil -
398/2005**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Elektrotechnik für die Stickstoffoptimierung des Klärwerks Beningsfeld
- Auftragsvergabe
487/2005**
5. **Bestellung der Leiterin/des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen
der Wiederbesetzung der Stelle 14-96 -Leiterin/Leiter des Rechnungsprüfungs-
amtes -, z.Zt. bewertet nach Besoldungsgruppe A 14 BBesG
439/2005**
6. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth gibt bekannt, dass Herr Bilsing und Herr Dr. Reichmann ihr Mandat niedergelegt hätten. Nachfolger für Herrn Bilsing werde Herr Wilfried Kamp, Nachfolger für Herrn Dr. Reichmann Herr Werner Dieter Schwamborn. Sodann verpflichtet er Herrn Kamp und Herrn Schwamborn in feierlicher Form unter Anwendung der hierfür in den Verwaltungsvorschriften zur Gemeindeordnung vorgesehenen Verpflichtungsformel.

Danach eröffnet Bürgermeister Orth die Sitzung und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde sowie beschlussfähig ist.

Für die Sitzung benennt er folgende relevanten Unterlagen:

1. die Einladung vom 16.09.2005 mit den dazugehörenden Vorlagen,
2. das Schreiben vom 23.09.2005 mit einer Anlage zur Tagesordnung in der Fassung gleichen Datums sowie zwei weitere Vorlagen,
3. das Schreiben vom 29.09.2005 mit der Anlage zur Tagesordnung gleichen Datums,
4. den Beteiligungsbericht 2003.

Im Anschluss daran gibt Herr Dr. Lahn bekannt, dass ihm keine Unterlagen für die heutige Sitzung zugegangen seien, weshalb nicht ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Bürgermeister Orth stellt fest, dass der Rat dennoch ordnungsgemäß eingeladen wurde sowie beschlussfähig sei. Er kritisiert, dass Herr Lahn sich diesbezüglich nicht früher bei der Verwaltung gemeldet habe.

Sodann schlägt Bürgermeister Orth vor, Punkt 13 des öffentlichen Teiles als Punkt 5 nach den Mitteilungen des Bürgermeisters zu behandeln. Er begründet dies mit dem engen Zusammenhang zu den (bisherigen) Punkten 5 bis 12 des öffentlichen Teiles. Des Weiteren schlägt er vor, Punkt 32.1 von der Tagesordnung zu nehmen, da der hier zugrunde liegende Antrag der CDU-Fraktion vom 01.09.2005 im Hauptausschuss am 20.09.2005 negativ beschieden wurde. Dieser sei lediglich vorsorglich auf die Tagesordnung für die heutige Ratssitzung gesetzt worden.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich bei Stimmenthaltung der KIDitiative folgenden **Beschluss:**

Den vorgeschlagenen Änderungen in der Tagesordnung wird zugestimmt.

Zuletzt weist Bürgermeister Orth auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 12.09.2005 zur Begrenzung der Ausgabenbudgets hin, der im Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 27.09.2005 einvernehmlich mit dem Haushalt behandelt werden sollte. Er schlägt vor, heute in gleicher Weise zu verfahren.

Hierüber besteht Einvernehmen.

2. <-@
Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift wird genehmigt.

3. <-@
Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 05.07.2005 - öffentlicher Teil -

@-> Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4. <-@
Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> 1. Schriftliche Mitteilung des Bürgermeisters zur Verfügung des Rheinisch-Bergischen Kreises zu Tempo 30-Zonen vom 19.09.2005

-

Bürgermeister Orth weist auf die schriftliche Mitteilungsvorlage zur o. g. Thematik hin, die den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 23.09.2005 als Anlage übersandt wurde.

2. Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln für Bergisch Gladbach im Jahre 2004

-

Bürgermeister Orth weist auf ein Schreiben der Kreissparkasse Köln vom 09.08.2005 mit Anlagen hin, in welchem diese die Förderaktivitäten des Kreditinstitutes zugunsten von Bergisch Gladbach im Jahre 2004 darstelle. Das Fördervolumen habe insgesamt 163.577,-- € betragen. Das Schreiben mit seinen Anlagen ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bürgermeister Orth spricht der Kreissparkasse Köln im Namen des Rates ein herzliches Dankeschön aus und sichert zu, dieses auch schriftlich zu übermitteln.

3. Ratsinformationssystem

Bürgermeister Orth verweist auf den Sachstandsbericht zum Ratsinformationssystem in der Sitzung des Hauptausschusses am 20.09.2005 im Rahmen der Anfragen der Ausschussmitglieder im öffentlichen Teil. Am 24.10.2005

werde ab 16.00 Uhr eine Veranstaltung für alle Ratsmitglieder durchgeführt, in der das Ratsinformationssystem vorgestellt und eine erste Schulung vermittelt werde. Mit dem Einladungsschreiben würden den Ratsmitgliedern auch die Zugangsdaten zur Verfügung gestellt.

5. **<-@**
Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004 - 2008

@-> Herr Dr. Fischer begründet den Antrag seiner Fraktion vom 12.09.2005 zur Begrenzung der Ausgabenbudgets. Bei einer Gegenüberstellung der Budgets für die Jahre 2004, 2005 und 2006 sei aufgefallen, dass in einzelnen Bereichen im Vergleich zu den Ist-Daten des Jahres 2004 in den Soll-Daten für 2005/2006 zum Teil erhebliche Steigerungen ausgewiesen wurden. Aufgrund dessen sollten bei allen Budgets, wo dies möglich sei (insbesondere bei den freiwilligen Leistungen), die Soll-Daten für 2005/2006 nicht angehoben werden. Werde in Einzelbereichen eine solche Anhebung notwendig, solle dies jeweils gesondert entschieden werden. Er ergänzt den Antrag seiner Fraktion in Satz 1 wie folgt:

„Alle Ausgabenbudgets 2005 und 2006 dürfen bei den freiwilligen Leistungen je Haushaltsstelle nicht höher angesetzt werden als das jeweilige Budget 2004.“

Stadtkämmerer Kotulla interpretiert das Anliegen des Antrages als einen pauschalen Deckelungsbeschluss, der in der angedachten Weise nicht durchführbar sei. Auf der Basis der Ist-Daten für 2004 sei ein Ausgabenkorridor festgelegt worden, von welchem bereits ein Abschlag vorgenommen wurde. Er könne die Sinnhaftigkeit des Antrages der FDP-Fraktion nicht erkennen.

Herr Dr. Fischer weist noch einmal darauf hin, dass der Antrag vorwiegend auf den Bereich der freiwilligen Leistungen bezogen sei.

Sodann begründet Herr Schneeloch, warum der Rat in der heutigen Sitzung nach Auffassung der SPD- Fraktion den Haushalt für 2005/2006 nicht verabschieden dürfe. Er verweist zunächst auf das in der vergangenen Ratsperiode verabschiedete Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2003 bis 2007, welches nicht annähernd in die Tat umgesetzt wurde. Hierdurch, durch unzulängliche vertragliche Bindungen, durch einen Verkauf der BELKAW- Anteile unter Wert sowie einer unzulänglichen Anlage des hierdurch erzielten Erlöses resultiere für die jetzige Ratsperiode eine erhebliche finanzielle Misere. Durch die Beschlussunfähigkeit des Rates in dessen Sitzung am 28.06.2005 seien der Stadt 762.000,-- € entgangen, mit welchem der mit der Kommunalaufsicht abgestimmte Korridor alleine hätte gefüllt werden können. Er stellt klar, dass seine Fraktion entgegen der Presseberichterstattung bereits vor einigen Monaten signalisiert habe, die Streichliste des Bürgermeisters mit zu tragen. Bei den Fraktionen, die eine Entscheidung über den Haushalt in der heutigen Sitzung ablehnten, liege keine Verantwortungslosigkeit vor. Es bestehe auch nicht die Absicht, sich vor unangenehmen Entscheidungen zu drücken. Er stellt klar, dass seine Fraktion die Arbeit von Bürgermeister Orth auch weiterhin unterstützen werde, ohne ihm jedoch in einem strengen Sinne „folgen“ zu wollen. Bergisch Gladbach lebe bereits seit 9 Monaten ohne verabschiedeten Haushalt. Ursprünglich sei eine Einbringung des Haushaltsplanentwurfes erst für die heutige Sitzung vorgesehen gewesen. Seine Verabschie-

derung sollte in der Sitzung am 13.12.2005 erfolgen.

Er erläutert weiterhin, dass eine Vertagung des Beschlusses über den Haushalt in der heutigen Sitzung nicht nur überflüssig, sondern vom Grundsatz her sogar rechtswidrig sei. Unter Bezugnahme auf einschlägige Kommentierungen sowohl der Gemeindeordnung als auch der Gemeindehaushaltsverordnung geht er davon aus, dass der Rat über einen Haushalt, der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss nicht beraten wurde, von vorneherein nicht befinden dürfe. Komme dieser Ausschuss seinen Beratungsmöglichkeiten nicht nach, könne er möglicherweise ab einem bestimmten Zeitpunkt hierzu gezwungen werden. Allerdings habe der Ausschuss erst vor zwei Tagen beschlossen, sich mit der Haushaltssatzung nicht zu befassen und eine Beschlussempfehlung zu dieser in die kommende Sitzung zu vertagen. Somit sei die Rechtslage für die heutige Ratssitzung eindeutig.

Bürgermeister Orth entgegnet in seiner Erwiderung zunächst, dass es sich bei § 1 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung in der Tat um eine Schwachstelle handele. Allerdings habe der Rat schon öfter Angelegenheiten an sich gezogen und unmittelbar beschlossen. Insoweit wäre auch für den hier zur Entscheidung anstehenden Tagesordnungspunkt die Vorentscheidung des Rates zu treffen, auf eine Vorberatung im Finanz- und Liegenschaftsausschuss bewußt zu verzichten. Allerdings gehe es aus seiner Sicht offenbar nicht um die Entscheidung zwischen den Alternativen „vertagen“ oder „nicht befassen, um einen Rechtsfehler zu vermeiden“. Für den Fall, dass der Rat den Haushalt heute nicht verabschiede, würden sowohl die Bezirksregierung als auch der Landrat in ihrer Eigenschaft als Kommunalaufsicht auf die strikte Einhaltung der Kriterien der vorläufigen Haushaltsführung bestehen. Hieraus resultiere, dass keine neuen Maßnahmen, auch keine investiven, mehr begonnen werden dürften. Er erinnert an den Ausbau der offenen Ganztagschule, der wie andere wichtige Vorhaben sofort anzuhalten sei. Bereits morgen werde es deutliche Nachteile zu Ungunsten von Schulen, freien Trägern und sozialen Einrichtungen geben. Die Auflagen der Aufsichtsbehörden seien zwingende gesetzliche und nicht interpretierbar. Mit dem bislang durch die Aufsichtsbehörden gezeigten Verständnis für Bergisch Gladbach werde es ab morgen vorbei sein. Unter dem Gesichtspunkt, Schaden von der Stadt abwenden zu wollen, weise er mit Nachdruck auf diese Konsequenzen hin. Die von ihm aufgezeigten Konsequenzen würden auch dann gelten, wenn die Entscheidung über den Haushalt nur für wenige Wochen aufgeschoben werde. Das derzeit erkennbare Verhalten einer Mehrheit des Rates sei kein Zeichen von Entscheidungsstärke. Die Differenzen zwischen den Fraktionen hinsichtlich des Haushaltes seien denkbar gering. Es bedürfe lediglich ein wenig mehr Kompromissbereitschaft, um heute zu einer positiven Entscheidung zu gelangen.

Hinsichtlich der Villa Zanders merkt er an, dass der Landrat die Zuschüsse an die Kultureinrichtungen in voller Höhe in den Korridor der freiwilligen Leistungen aufgenommen habe. Die Abwägung, in welchem kulturellen Bereich die Aufwendungen am ehesten reduziert werden können, habe der zuständige Fachbereich anhand der Nutzerzahlen und der Nutzungsstruktur getroffen. Die übrigen kulturellen Einrichtungen hätten für die Bürger der Stadt eine weitaus größere Bedeutung. Er bitte daher um das Votum des Rates, die Zuwendungen für den Bereich Kunst und Kulturbesitz deutlich zu kürzen. Auf der anderen Seite komme für ihn eine alternativlose Schließung der Villa Zanders nicht in Betracht. Für diese sei vielmehr in den kommenden Monaten ein neues Nutzungskonzept zu entwickeln. Ein solches werde Fragen der künftigen Trägerschaft, eine Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Kräften und/oder

Unternehmen beinhalten. Mit diesem Konzept seien die heute zu beschließenden Kürzungen zu realisieren. Verhandlungen über eine Umsetzbarkeit eines neuen Konzeptes und insbesondere die Kassenwirksamkeit der heute zu beschließenden Kürzungen seien mit der Kommunalaufsicht bis unmittelbar vor dieser Sitzung geführt worden. Inzwischen sei eine Lösung gefunden worden, die darauf abstelle, bis 2006 zu kassenwirksamen Einsparungen bei Kunst und Kulturbesitz in einer Größenordnung von 160.000 € zu gelangen. Hieraus resultiere der notwendige zeitliche Freiraum, das besagte Konzept zu entwickeln. Kompensation werde bei anderen Positionen im Korridor erfolgen, was noch im Einzelnen zu erläutern sei. Er geht davon aus, dass der Kunst- und Kulturbesitz für die Öffentlichkeit erhalt- und nutzbar bleibe.

Letzteres gelte aus seiner Sicht auch für die beiden Bürgerbüros in Bensberg und Refrath. Auf der einen Seite müsse er auf der Schließung der beiden stationären Büros bestehen, um die anvisierten Einsparungen erwirtschaften zu können. Alternativ biete er aber ein mobiles Bürgerbüro in einem Bus an, das künftig die bisher erbrachten Leistungen nicht nur in Bensberg und Refrath, sondern auch in anderen Stadtteilen zur Verfügung stelle. Hier sei allerdings noch die Finanzierung zu klären. Eine Einigung sei auch bei den Hebesätzen für die kommunalen Steuern möglich. Er bittet nochmals darum, den Haushalt heute zu verabschieden.

Für Herrn Albrecht wurde der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Schneeloch nicht hinreichend konkretisiert. Es sei nicht klar, ob eine Vertagung oder eine Absetzung des Punktes von der Tagesordnung gewünscht werde. Er weist die Ausführungen von Herrn Schneeloch im übrigen zurück. Die von diesem vorgetragenen rechtlichen Bedenken seien ein pseudo-juristisches Konstrukt, um das Verweigern einer Entscheidung zu begründen. Für die Vorgehensweise der ablehnenden Fraktionen habe er kein Verständnis. Die Handlungsfähigkeit der Stadt werde für weitere Monate blockiert, alle investiven Maßnahmen müssten unterbleiben. Seine Fraktion wolle heute über den Haushalt befinden.

Für Herrn Kleine besteht die Möglichkeit, den Finanz- und Liegenschaftsausschuss sowie den Rat in der zweiten oder dritten Oktoberwoche zu Sondersitzungen zusammen zu rufen, um über den Haushalt zu befinden. In der Zeitspanne bis dahin könne eine Einigung der die heutige Ablehnung tragenden Fraktionen untereinander erfolgen. Eine Vertagung des Haushaltes in die Sitzung des Rates am 13.12.2005 sei somit nicht notwendig.

Bürgermeister Orth stellt fest, dass es sich bei den Ausführungen von Herrn Schneeloch in der Tat nicht um einen Geschäftsordnungsantrag gehandelt habe. Ein Vertagungsantrag sei nicht gestellt worden.

Herr Schneeloch bestätigt, dass seine Ausführungen trotz seiner geäußerten grundsätzlichen Bedenken der Begründung eines Vertagungsantrages dienten. Er geht davon aus, dass ein solcher jedoch auch noch von anderen Fraktionen gestellt werde.

Herr Ziffus bekräftigt den Vertagungsantrag, obwohl auch er der Auffassung sei, diesen erst gar nicht stellen zu müssen. Der Rat sei heute gar nicht in der Lage, über den Haushalt zu befinden. Jeder Beschluss zum Haushaltsplan wäre ohnehin illegal. Durch das Nichterfolgen einer Beratung und einer Beschlussempfehlung durch den Finanz- und Liegenschaftsausschuss sei aus der Beschlussvorlage für den Rat eine reine Mitteilungsvorlage mit Diskussionsmöglichkeit geworden. Diese mit Schreiben

vom 23.09.2005 an die Mitglieder des Finanz- und Liegenschaftsausschusses übersandte Beschlussvorlage sei nicht in der Lage gewesen, die Einhaltung des Einsparkorridors hinreichend zu belegen. Bereits in der Ausschusssitzung sei klar geworden, dass die für den Bereich Kunst- und Kulturbesitz anvisierten Einsparungen in Höhe von 372.000 € von der Kommunalaufsicht nicht anerkannt würden. Die Vorlage sei mithin unvollständig gewesen und habe eine Beschlussempfehlung nicht ermöglicht. Des Weiteren hätten die Fraktionen für ihre letzte Fraktionssitzung vor dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 27.09.2005 entgegen der bisherigen Übung keine vollständige Änderungsliste erhalten, aus denen alle Änderungswünsche der Fraktionen hervorgingen. Sowohl die CDU als auch die FDP hätten eine Reihe von Änderungsvorschlägen vorgelegt, die keine Berücksichtigung fanden. Damit sei das Recht der Fraktionen auf Mitsprache, insbesondere auch einer Mitwirkung von deren sachkundigen Bürgern, beschnitten worden. Zuletzt komme hinzu, dass die sog. Prioritätenliste, d. h. das Verschieben von Investitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, in den Fachausschüssen nicht besprochen wurde. In dieser Liste würden im Bereich der Gewässer 800.000 € gestrichen, aber für 4,5 Millionen € ein großes Regenwasserrückhaltebecken unter der Odenthaler Straße vorgesehen. Eine Diskussion und Beschlussfassung zu der Liste sei ebenfalls eine Voraussetzung für eine Genehmigung des Haushaltes durch den Landrat.

Herr Dr. Fischer schließt sich der Auffassung von Herrn Albrecht an. Auch er sehe die Gefahr einer gefährlichen Situation, die vor allen Dingen von Kindern und Jugendlichen auszubaden sei, wenn heute über den Haushalt nicht befunden werde. Die Bezirksregierung habe die Auskunft erteilt, dass das bisherige Verfahren in Bezug auf haushaltsrelevante Maßnahmen die Grenze der Rechtswidrigkeit erreicht habe. Ein heutiger Beschluss zum Haushalt könne dies heilen. Zuletzt verleiht er seiner Auffassung darüber Ausdruck, dass der letztendlich hinter der Vertagung stehenden KIDinitiative im vorliegenden Fall eine zu große Bedeutung beigemessen werde.

Herr Lang geht davon aus, dass ein Sparkorridor von etwa 700.000 € die finanziellen Probleme der Stadt nicht löse. Seine Fraktion habe die eigenen Berechnungen den übrigen Fraktionen zur Verfügung gestellt. Von diesen sollte auch die Öffentlichkeit Kenntnis erhalten. Für 2003 habe der städtische Haushalt mit einem Minus von etwa 24 Millionen €, mithin also 13 %, abgeschlossen. Für 2004 sei dieses Minus auf fast 41 Millionen €, mithin also 19,4 % angewachsen. Für 2005 würde dieses Minus nach dem vorgelegten Haushaltsentwurf auf nahezu 60 Millionen €, also 25,5 %, für 2006 auf 74,5 Millionen €, mithin also 30 %, anwachsen. Vor diesem Hintergrund sei es unverständlich, dass über 700.000 € gestritten werde. Es müsse aufgehört werden, Geld auszugeben, dass die Stadt nicht mehr habe. Dies sei einfacher als es zunächst scheine. Es sei dringend notwendig, nach den Ursachen für das steigende Haushaltsdefizit zu suchen. Es genüge nicht, die Verantwortung hierfür auf den Bund und das Land abzuschieben. Auch die Verwaltung sei nicht unschuldig an der Misere. Seine Fraktion werde sich bemühen, die Verantwortlichen herauszufinden und ihnen die notwendigen Vorhaltungen zu machen.

Es sei die ursprüngliche Absicht seiner Fraktion gewesen, im Haushaltsjahr 2006 auf der einen Seite ein Einsparvolumen von 10 Millionen € und auf der anderen ein Ausgabenvolumen in Höhe von 4 Millionen € für zeitnah erkennbare Ausgaben vorzugeben. Eine solche Strategie würde dazu führen, die Stadt der kommunalaufsichtlichen Bevormundung durch den Landrat in Bezug auf den Haushalt zu entziehen. Der Haushaltsplan wäre für diesen Fall ausgeglichen. Erstrebenswert sei es alleine, über

einen Haushaltsplan eigenverantwortlich zu befinden, ohne den Landrat einbinden zu müssen. Die bisherige Vorgehensweise werde von ihm negativ beurteilt. Bislang sei der Landrat gefragt worden, was die Stadt ausgeben dürfe. Diese müsse jedoch vielmehr ihr Ausgabevolumen im Vorhinein festlegen und dann den Landrat um seine Rückäußerung bitten, ob er einen entsprechenden Ratsbeschluss als schlüssiges Haushaltssicherungskonzept anerkenne. Zur Erreichung dieses Zieles müsse die Verfügungsgewalt der in der Verwaltung Verantwortlichen hinsichtlich finanzieller Ausgaben wesentlich enger gefasst werden. Es dürfe nicht immer angenommen werden, dass alles stimme, was dem Rat von diesen Personen hinsichtlich notwendiger Ausgaben unterbreitet werde. Er weist darauf hin, dass nach den Orientierungsdaten des Landes die aus den Haupteinnahmequellen zu erzielenden Erlöse im Haushaltsplanentwurf wesentlich höher angesetzt werden könnten. Eine optimistische Einschätzung diene dem Ziel, den Landrat herauszuhalten und werde daher von ihm favorisiert. Erhebliche Kosteneinsparungen einerseits und eine optimistische Einschätzung der zu erzielenden Einnahmen andererseits seien geeignet, den Haushalt auszugleichen. Im übrigen habe der Landrat bislang etwa 9 Monate haushaltsrechtliche Maßnahmen geduldet, die an sich rechtlich bedenklich waren. Da ursprünglich ohnehin eine Verabschiedung des Haushaltes im Dezember anvisiert war, sei eine entsprechende Duldung auch noch bis dahin möglich.

Bürgermeister Orth schließt aus den Ausführungen von Herrn Lang, dass auch dieser für seine Fraktion dem Vertagungsantrag zustimme. Er weist darauf hin, dass die Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg zu denen gehört habe, die vehement eine vorzeitige Einbringung des Haushaltes gefordert habe.

Herr Schütz bekräftigt den Antrag auf Vertagung, der auch alle in den Fachausschüssen diskutierten Positionen umfasse. Die Verabschiedung des Haushaltes sei in einer Sondersitzung des Rates Ende Oktober/Anfang November denkbar, ohne dass bis dahin die von den gegnerischen Fraktionen herbei geredeten negativen Weiterungen eintreten. Die Stadt habe bereits seit 9 Monaten keinen rechtsverbindlichen Haushalt, weshalb es auf die kurze Zeitspanne bis zu einer Sondersitzung auch nicht mehr ankomme. Er möchte von Bürgermeister Orth wissen, welche rechtliche Auffassung die Verwaltung hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Schneeloch vertrete. Möglicherweise gebe es andere Kommentierungen oder einschlägige Gerichtsurteile, die eine mögliche Entscheidung des Rates in seiner heutigen Sitzung begründeten.

Bürgermeister Orth antwortet, dass er dem Rat ohnehin vorgeschlagen hätte, vor einer Entscheidung über die Haushaltssatzung zunächst einen Beschluss darüber zu fassen, ob abweichend von § 1 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung auf eine Behandlung des Haushaltes im Finanz- und Liegenschaftsausschuss verzichtet werde. Lehne der Rat einen solchen Beschluss ab, werde es heute auch keinen über die Haushaltssatzung geben. Er schlägt vor diesem Hintergrund vor, nunmehr zügig zu einer Entscheidung zu gelangen.

Herr Schütz führt weiter aus, dass seine Fraktion hinsichtlich des Haushaltes noch Beratungsbedarf habe. Die erste Änderungsliste mit dem dort aufgezeigten Korridor habe man in der Sitzung des Ältestenrates am 30.08.2005 erhalten. Mit dieser Liste habe sich seine Fraktion unmittelbar darauf vom 02. bis zum 04.09.2005 intensiv auseinandergesetzt. Hieraus hätten über 30 Fragen resultiert, die an das Büro des Bürgermeisters weitergeleitet wurden. Diese Fragen seien am 26.09.2005, also nach drei Wochen, beantwortet worden. Die kurze Zeitspanne bis zur heutigen Sitzung habe

nicht ausreicht, um die Antworten auszuwerten und ggf. Anträge zur Haushaltssatzung zu stellen. Entgegen der Pressemitteilung der CDU-Fraktion handele es sich bei den für den Finanzausschuss formulierten Änderungen nicht um kleinere, sondern um solche mit gravierenden Auswirkungen. Diese gingen aus der bereits benannten Vorlage für den Finanz- und Liegenschaftsausschuss vom 23.09.2005 hervor. Es ergebe sich bereits eine Diskrepanz daraus, dass in dieser Vorlage die Schließung der Villa Zanders unterbreitet wurde, während nunmehr lediglich von der Kürzung des Zuschusses für Kunst- und Kulturbesitz gesprochen werde. In der kurzen Zeitspanne zwischen dem letzten Ausschuss und dem heutigen Rat sei eine hinreichende Diskussion nicht mehr möglich gewesen. Er kritisiert den Stil des Umgangs mit Mitarbeitern der Verwaltung, der sich in der Handhabung mit der Problematik Kunst- und Kulturbesitz zeige.

Herr Nagelschmidt beantragt, über eine Vertagung geheim abzustimmen.

Bürgermeister Orth stellt klar, dass der im Raume stehende Vertagungsantrag inhaltlich gleichbedeutend mit dem ursprünglich von ihm angedachten Beschluss sei, dass der Rat auf eine Vorberatung im Finanz- und Liegenschaftsausschuss verzichte. Es werde nunmehr in geheimer Abstimmung über eine Vertagung entschieden. Er erläutert den hierfür zu benutzenden Stimmzettel. Wer für die Vertagung sei, kreuze „ja“ an, wer dagegen sei, „nein“. Wer sich der Stimme enthalten wolle, kreuze „Enthaltung“ an.

Sodann wird über die Vertagung geheim abgestimmt. Stimmberechtigt sind die anwesenden 64 Mitglieder des Rates sowie Bürgermeister Orth. Abgegeben werden 65 gültige Stimmzettel. Die Auszählung ergibt, dass 33 Personen für eine Vertagung und 32 gegen eine Vertagung gestimmt haben. Der Stimme enthalten hat sich niemand.

Hieraus ergibt sich folgender mehrheitlicher **Beschluss:**

Die Entscheidung über die Haushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004 bis 2008 wird vertagt.

Die Stimmzettel sind dem Original der Niederschrift als Anlage beigelegt.

(Hinweis der Verwaltung:

Aufgrund der hierzu bereits erfolgten Presseberichterstattung wird bestätigt, dass sich beim Auszählen der Stimmzettel drei von diesen in einer Wahlurne verfangen und daher zunächst nicht mit berücksichtigt wurden. Dieser Fehler wurde erst im nichtöffentlichen Teil bei der Auszählung der abgegebenen Stimmzettel für die Beschlussfassung zu einem anderen Tagesordnungspunkt bemerkt. Es handelte sich hierbei um drei Stimmzettel, mit denen eine Vertagung abgelehnt wurde. Diese erhöhten den Anteil der gegen eine Vertagung abgegebenen Stimmen von 29 auf 32 und änderten nichts am Ausgang der Abstimmung selbst. Das Abstimmungsergebnis wurde mithin nicht berührt.)

6. **<-@**
Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 und Finanzplanung

2005 bis 2009

@->

und

<-@

7. Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

@->

und

<-@

8. Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für die Wirtschaftsjahre 2005 / 2006

und

9. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

und

10. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "StadtGrün Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

und

11. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

und

12. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

und

13. Stellenplan 2005 / 2006
A) Stellenanhebungen - Arbeiter -
B) Stellenanhebungen - Angestellte -
C) Stellenanhebungen - Beamte -
D) Stellenanhebungen - Beamte Feuerwehr -
E) Neue Stellen
F) Stelleneinsparungen

@->

Herr Waldschmidt merkt an, dass vor dem Hintergrund der soeben getroffenen Entscheidung unter Punkt 5 ein Behandeln der Punkte 6 bis einschließlich 13 keinen Sinn mache und regt an, diese zu vertagen. Die Wirtschaftspläne könnten ggf., sofern hierfür Zeit sei, nochmals in den zuständigen Fachausschüssen erörtert werden.

Bürgermeister Orth weist darauf hin, dass die gesetzliche Verpflichtung bestehe, über die Wirtschaftspläne bis zum 30.11.2005 zu befinden. Die notwendigen Entscheidungs-

gen des Rates müssten bis dahin eingeholt sein.

Herr Dr. Baeumle-Courth schließt sich für seine Fraktion einer Vertagung an. Er bittet darum zu prüfen, ob eine Sondersitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses bereits unmittelbar nach den Herbstferien einberufen werden könne. Eine Sondersitzung des Rates müsse der Ausschusssitzung ebenso zeitnah folgen.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung von Bürgermeister Orth folgenden **Beschluss:**

Die Entscheidung zu den Tagesordnungspunkten 6 bis 13 des öffentlichen Teils wird vertagt.

<-@
18. Einwohnerfragestunde

@-> Es gibt keine Einwohneranfragen.

<-@
14. Beteiligungsbericht 2003

@-> Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@
15. Feststellung des Jahresabschlusses 2004 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach"

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@
@-> **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2004 in
Aktiva und Passiva mit 22.224.326,26 €,

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresverlust von 3.422.906,13 €
fest und
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2004 fest.
3. Der Jahresverlust 2004 wird
 - a) in Höhe von 1.693.000 € durch einen verlustabdeckenden Zuschuss aus allgemeinen Haushaltsmitteln abgedeckt und
 - b) in Höhe von 1.729.906,13 € dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.

<-@

16. **Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**

@-> Der Rat fasst einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg und bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der FDP folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2004 in
Aktiva und Passiva mit 98.251.887,49 €,

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresüberschuss von 1.316.684,58 €
fest und
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2004 fest.
3. Der Jahresüberschuss 2004 wird nach Abzug der lt. Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr beschlossenen Abführung an den städtischen Haushalt (609.000,00 €) in Höhe von 707.684,58 € auf neue Rechnung vorgetragen.

<-@

17. **Jahresabschluss 2004 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

- @->
1. Der Bürgermeister als Gesellschaftsvertreter wird bevollmächtigt, in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2004 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH festzustellen. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31.12.2004 einen Jahresverlust in Höhe von 334.151,15 € aus. Die Abdeckung des Verlustes erfolgt aus der Kapitalrücklage, und damit wird gegenüber der Stadt für das Wirtschaftsjahr 2004 eine verbleibende Restforderung in Höhe von 2.212,92 € ausgewiesen. Der Ausgleich dieser Restforderung durch die Stadt Bergisch Gladbach soll im Rahmen einer Verrechnung mit dem Zuschuss des Folgejahres 2005 erfolgen.
 2. Der Bürgermeister wird bevollmächtigt, den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.
 3. Der Bürgermeister wird ebenso bevollmächtigt, für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2005 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott zu beauftragen.

<-@

19. Erlass einer III. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung

- @->** Nach Ansicht von Herrn Schütz korrespondiert dieser Tagesordnungspunkt mit dem Antrag seiner Fraktion vom 14.09.2005, die Zuwendungen an die Fraktionen um 15 % zu kürzen. Es bestehe ein Junktim zwischen diesen beiden Haushaltsposten, weshalb nicht ersichtlich sei, dass in den Verhandlungen mit dem Landrat die eine Angelegenheit als Pflichtaufgabe und die andere als freiwillige Leistung gesehen werde. Seiner Auffassung nach könne in beiden Bereichen gekürzt werden. Erhielten die sachkundigen Bürger keine Entschädigungen, könnten die Fraktionen auch mit weniger Sachleistungen auskommen.

Sodann fasst der Rat einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der KIDinitiative und bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig folgenden **Beschluss**:

- <-@**
@-> **Die III. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.**

20. Sparkonzept "Zukunft heute" des Erzbistums Köln; Umsetzung in Bergisch Gladbach

- @->** Frau Bendig weist darauf hin, dass I. des Beschlussvorschlages wie folgt zu formulieren sei:

„Die Stadt Bergisch Gladbach nimmt das Verhandlungsergebnis zur Kenntnis und stimmt der von der Verwaltung vorgeschlagenen Umsetzung des Sparkonzeptes zu.“

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss**:

- <-@**
@-> **I. Die Stadt Bergisch Gladbach nimmt das Verhandlungsergebnis zur Kenntnis und stimmt der von der Verwaltung vorgeschlagenen Umsetzung des Sparkonzeptes zu.**
- II. Die Stadt nimmt zur Kenntnis, dass die Kindertagesstätten**
- **St. Konrad in Hand**
 - **Integrative Kindertagesstätte in Romaney und**
 - **Hort im Haus für die Jugend Moitzfeld**
- geschlossen werden.**
- Unter Berücksichtigung von weiteren Gruppenschließungen in einzelnen Kindertagesstätten katholischer Träger sowie der Verlagerung von einzelnen Gruppen in Einrichtungen anderer nicht kirchlicher Träger werden 8 Gruppen in katholischer Trägerschaft ersatzlos geschlossen.**
- III. Es wird beschlossen:**
1. **Von den 57 in katholischer Trägerschaft verbleibenden Gruppen werden**
 - **drei Gruppen in integrative Gruppen umgewandelt (richtlinien-gemäße Förderung 99 %)**

- 12 Gruppen von der pfarrlichen Trägerschaft in die Trägerschaft des Kreiscaritasverbandes (9 Gruppen) und der Kath. Jugendwerke Rhein-Berg e.V. (3 Gruppen) übergehen.
- 2. Die nicht pfarrlichen katholischen Träger erhalten für die neu übernommenen Gruppen zukünftig eine Förderung von 99 %. Ebenso erhält der Träger der Kindertagesstätte St. Josef in Refrath (Vinzenz-Pallotti-Stiftung) zukünftig eine Förderung von 99 % (statt bisher 92 %).
- 3. Für die nicht pfarrlichen kath. Träger übernimmt die Stadt Bergisch Gladbach die richtliniengemäße Förderung der Fachberatung.
- 4. Grundsätzlich ist die Stadt Bergisch Gladbach bereit, zukünftig erforderliche bauliche Maßnahmen bei Kindertagesstätten katholischer Träger mit bis zu 100 % (abzüglich förderrechtlich geforderter Rücklagen) zu fördern.
- 5. Die durch das Projekt „Zukunft heute“ erforderlichen Veränderungen sind in die anstehende Kindertagesstätten- Entwicklungsplanung zu integrieren.

21. <-@
Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten

@-> Der Rat fasst einstimmig bei Stimmenthaltung der KIDitiative, von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der SPD folgenden **Beschluss:**

@-> <-@
Der Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten wird zugestimmt.

22. <-@
Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 1134 - Im Krusbuch -
- Beschluss zu Anregungen
- Beschluss als Satzung

@-> Der Rat fasst in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP, KIDitiative und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlüsse:**

@-> <-@
I. Die Anregungen des Landrats des Rheinisch-Bergischen Kreises werden zurückgewiesen.

II. Die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 1134 – Im Krusbuch - wird gem. § 10 Baugesetzbuch und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung beschlossen.

23. <-@
Bebauungsplan Nr. 3 - Hüttenstraße - 1. Änderung
- Beschluss zu Anregungen
- Beschluss als Satzung

@-> Der Rat fasst in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse:**

<-@

@->

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan Nr. 3 - Hüttenstraße - 1. Änderung - gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen

T1 der IHK wird teilweise entsprochen

T2 des Einzelhandelsverbandes wird teilweise entsprochen

T3 des Rheinisch-Bergischen Kreises wird nicht entsprochen

B1 von a) Ilona Gregor und b) Fink Verwaltungs Gbr. wird nicht entsprochen

B2 a) von Ernst Fink wird nicht entsprochen

b) von Eigentümergemeinschaft Peuser wird nicht entsprochen

c) von Marlene Theegarten wird nicht entsprochen

d) der Theegarten GmbH wird nicht entsprochen

e) von Niedenhoff&Schibrowski wird nicht entsprochen

f) von Klaus Kohlgrüber Getränke wird nicht entsprochen

g) von Hahn u. a. Rechtsanwälte für BAU BELAG GmbH wird nicht entsprochen

B3 von Winter u. a. Rechtsanwälte für Schmitz GmbH wird nicht entsprochen

B4 von Hahn u. a. Rechtsanwälte für BAU BELAG GmbH wird nicht entsprochen

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NW den Bebauungsplan Nr. 3 - Hüttenstraße - 1. Änderung - als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

24. <-@
Bebauungsplan Nr. 2397 - Richard-Seiffert-Straße II -
- Beschluss zu Anregungen
- Beschluss als Satzung

@-> Der Rat fasst in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlüsse:**

<-@

@->

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegungen des Bebauungsplan Nr.2397 - Richard-Seiffert-Straße II - gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen

T1 der IHK wird teilweise entsprochen

T2 des Einzelhandelsverbandes wird teilweise entsprochen

**T3 des Rheinisch-Bergischen Kreises wird nicht entsprochen
B der Firma gsg wird nicht entsprochen.**

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW den Bebauungsplan Nr. 2397 - Richard-Seiffert-Straße II - als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

**25. <-@
Bebauungsplan Nr. 2442/2 Kradepohlswiese -
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung**

@-> Herr Buchholz begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Sodann fasst der Rat in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlüsse:**

**@-> <-@
->
**II. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan Nr. 2442/2
- Kradepohlswiese - gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen****

**T1 der IHK wird teilweise entsprochen
T2 des Einzelhandelsverbandes wird teilweise entsprochen
T3 des Rheinisch-Bergischen Kreises wird nicht entsprochen**

**B1 der Rechtsanwälte Redeker u. a. wird nicht entsprochen
B2 von C.B.H. Rechtsanwälte wird nicht entsprochen
B3 von Frau Erika-Susanne Jüngling und
Bürgerverein Gierarth-Schlodderdich e.V. wird nicht entsprochen**

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NW den Bebauungsplan Nr. 2442/2 - Kradepohlswiese - als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauG.

Herr Buchholz kehrt an seinen Platz zurück.

**26. <-@
Bebauungsplan Nr. 2119 - Kalköfen Cox - (Aufstellung) und Bebauungsplan Nr. 28, Teil 3 - Stadtmitteprojekt - 1. Änderung (teilweise Aufhebung)
- Beschluss der Anregungen
- Städtebaulicher Vertrag
- Beschluss als Satzung**

@-> Der Rat fasst in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlüsse:**

**@-> <-@
I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Bebauungspläne Nr. 2119 -**

Kalköfen Cox - (Aufstellung) und Nr. 28, Teil 3 - Stadtmitteprojekt - 1. Änderung (teilw. Aufhebung) gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorgebrachten Anregungen der Einwender

- B 1 Fritz Peter Schumacher wird nicht entsprochen,**
- B 2 Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, Ortsverband Köln, wird nicht entsprochen,**
- T 1 Rheinisches Amt für Bodendenkmalpflege, Bonn, wird entsprochen,**
- T 2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird nicht entsprochen,**
- T 3 Staatliches Umweltamt Köln wird teilweise entsprochen,**
- T 4 GEW Rhein Energie AG / BELKAW AG wird teilweise entsprochen,**
- T 5 Bezirksregierung Köln, Kampfmittelbeseitigung wird entsprochen,**
- T 6 Deutsche Telekom AG wird entsprochen.**

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, den Städtebaulichen Vertrag in der vorliegenden Fassung abzuschließen.

III. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW den Bebauungsplan Nr. 2119 - Kalköfen Cox - sowie die teilweise Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 28, Teil 3 - Stadtmitteprojekt - 1. Änderung als Satzung und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

**27. <-@
Bebauungsplan Nr. 2148 - Höhenweg -
- Beschluss einer Veränderungssperre**

@-> Herr Nagelschmidt begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Sodann fasst der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der KIDitiative folgenden **Beschluss:**

@-> **<-@
Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 2148 -Höhenweg- wird eine Veränderungssperre als Satzung beschlossen.**

Herr Nagelschmidt kehrt an seinen Platz zurück.

**28. <-@
Außenbereichssatzung Nr. 4232 - Untersteinbach -
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung**

@-> Der Rat fasst in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg sowie bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der CDU folgende **Beschlüsse:**

@-> **<-@
I. Beschlüsse zu Stellungnahmen**

1. Rheinischer Landwirtschaftsverband

Die Anregungen des Rheinischen Wirtschaftsverbandes werden zurückgewiesen.

2. Landwirtschaftskammer NRW

Die Anregungen der Landwirtschaftskamm NRW werden zurückgewiesen.

3. Der Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Die Anregungen des Landrates werden tlw. berücksichtigt, indem in den Satzungstext ein Hinweis auf die landschaftsrechtlichen Eingriffsregelungen aufgenommen wird.

II. Beschluss der Satzung

Die Außenbereichssatzung Nr. 4232 – Untersteinbach – wird gem. § 10 Baugesetzbuch und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung beschlossen.

29. <-@
Abweichungssatzung gemäß § 8 Abs. 4 EBS für die Abrechnung der Teileinrichtung Grunderwerb in den Erschließungsanlagen Hackberg, Im Alten Feld und Kauler Kreuzgasse

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- <-@
@-> Die Abweichungssatzung gemäß § 8 Abs. 4 EBS für die Abrechnung der Teileinrichtung Grunderwerb in den Erschließungsanlagen Hackberg, Im Alten Feld und Kauler Kreuzgasse wird in der beigefügten Form beschlossen.

30. <-@
Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) zur Umsetzung des Elektrogesetzes sowie einer Kooperationsvereinbarung mit dem BAV und der AVEA GmbH

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende Beschlüsse:

- <-@
@-> Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) zur Umsetzung des Elektrogesetzes (ElektroG) sowie der Kooperationsvereinbarung mit dem BAV und der AVEA GmbH in den als Anlage beigefügten Fassungen wird zugestimmt.

- 31.1 <-@
Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.08.2005 und 13.09.2005 zur Ausschussbesetzung

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ergänzung der Stellvertreterliste für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann und für den Vergabeausschuss wird entsprechend dem Antrag zugestimmt.

31.2 <-@
Antrag der Fraktion KIDitiative vom 13.09.2005 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Den Ausschussumbesetzungen wird entsprechend dem Antrag zugestimmt.

31.3 <-@
Antrag der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 14.09.2005 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

@-> Herr Lang begibt sich in den Zuschauerraum.

Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Änderung der Stellvertreterliste wird entsprechend dem Antrag zugestimmt.

Herr Lang kehrt an seinen Platz zurück.

32.1 <-@
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.09.2005 auf Änderung des § 15 der städtischen Hauptsatzung bezüglich der Beförderung von Beamten

@-> Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

32.2 <-@
Antrag der Fraktion KIDitiative vom 13.09.2005 zur Einführung von Kulturförderrichtlinien

und

32.3 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005 zur Zusammenlegung
1. des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann mit dem Sozialausschuss und
2. des Finanz- und Liegenschaftsausschusses mit dem Hauptausschuss

und

32.4 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, § 29 Geschäftsordnung des Rates um folgenden Absatz 6 zu ergänzen: Die Fraktionsvorsitzenden oder deren Stellvertreter haben in allen Ausschüssen das Recht mit beratender Stimme teilzunehmen

und

- 32.5 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, die Zuwendungen an die Fraktionen um 15 % zu kürzen.

und

- 32.6 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, eine Entgeltregelung für die Nutzung von städtischen Schwimm- und Sportanlagen durch Vereine einzuführen

und

- 32.7 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, im städtischen Bereich Straßenbau für den Etat 2005/2006 finanzielle Kürzungen in Höhe von 1.000.000,-- € vorzunehmen

und

- 32.8 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005, im Bereich Stadtgrün für den Etat 2005/2006 eine finanzielle Einsparung von 300.000 € vorzunehmen

@-> Herr Schütz verweist auf die schriftliche Begründung der Anträge seiner Fraktion und schlägt vor, die Anträge in die jeweils zuständigen Fachausschüsse zu überweisen.

Bürgermeister Orth schlägt vor, alle sieben Anträge der KIDitiative pauschal in die Fachausschüsse zu überweisen.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

Die Anträge werden in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

<-@

33. Anfragen der Ratsmitglieder

- @-> 1. Anfrage zum nichtöffentlichen Teil der Rats- und Ausschusssitzungen

--

Herr Sacher fragt an, ob der Bürgermeister mit ihm der Auffassung sei, der nichtöffentliche Teil der Rats- und Ausschusssitzungen könne abgeschafft werden. Hintergrund seiner Anfrage sei die Tatsache, dass die Presse bereits am folgenden Tag über eine im nichtöffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung am 20.9.2005 abgegebene Beschlussempfehlung für den heutigen Rat berichtet habe.

Bürgermeister Orth verurteilt das Preisgeben von Informationen aus nicht-öffentlichen Sitzungsteilen, sieht seine Möglichkeiten für eine Ahndung jedoch als gering an. Maßnahmen seien nur möglich, wenn der Informant/

die Informantin der Presse bekannt werde.

2. Anfrage zu den Zuschüssen für die offene Ganztagschule

Frau Lehnert nimmt Bezug auf die Presseberichterstattung vom heutigen Tag, nach welcher die Zuschüsse für die offene Ganztagschule in Gefahr zu sein schienen. Sie möchte wissen, wie sicher sich die Träger hinsichtlich der Zahlung der Zuschüsse sein könnten.

Bürgermeister Orth sichert zu, diese Frage zu prüfen. Zu beachten seien hierbei die Regelungen des § 81 der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen. Die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

3. Anfrage zu den Änderungslisten für die Haushaltssatzung 2005/2006

Herr Schütz verweist darauf, dass es zum Haushalt 2005/2006 mehrere Änderungslisten gebe, die auf Grund fehlender Datierung nicht ohne weiteres voneinander unterschieden werden könnten. Er bittet darum, dass die Listen mittels einer Fußnote mit einem Datum versehen werden. Von der Korridorliste gebe es mittlerweile drei Varianten, was kenntlich zu machen sei. In die Liste seien die Ist- und die Sollzahlen des Jahres 2004 zum Vergleich aufzunehmen. Die Änderungen seien, sofern Sie in der Liste kenntlich gemacht würden, möglichst deutlich hervorzuheben.

Bürgermeister Orth bedankt sich für diesen Hinweis.

4. Anfrage zu Tempo 30-Zonen

Herr Ziffus erläutert, dass dem Europäischen Parlament derzeit eine Vorlage vorliege, nach der die Regelgeschwindigkeit in Städten generell auf 30 km/h abgesenkt werden solle. Hieraus resultiere eine Pflicht der Gemeinden, künftig ein Zulassen von 50 km/h ausführlich zu begründen. Die Bergische Landeszeitung habe hierüber in einer kurzen Notiz berichtet. Er bittet die Verwaltung, sich die notwendigen Informationen zu besorgen und Stellung zu beziehen.

Während die Straße In der Auen unter Hinweis auf deren Funktion als Durchgangstraße aus der Tempo 30-Zone herausgenommen wurde, sei dies für die Straße Vürfels, die die gleiche Funktion habe und hinsichtlich Größenordnung und Ausbau vergleichbar sei, bislang nicht geschehen. Diese Ungleichbehandlung könne er nicht nachvollziehen.

Bürgermeister Orth sichert zu, dass die Verwaltung zu beiden von Herrn Ziffus angesprochenen Themen unmittelbar im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr Stellung beziehen werde.

5. Anfrage zur Villa Zanders

Herr Freese weist darauf hin, dass zwei in der Stadt ansässige Banken sich in der Vergangenheit erheblich zu Gunsten der Villa Zanders engagiert hätten. Die Äußerungen von Bürgermeister Orth unter Punkt 13 des öffentlichen Teiles wichen erheblich von den Aussagen der sogenannten Korridorliste ab, die den Mitgliedern des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vorgelegen habe. Er möchte wissen, ob Bürgermeister Orth mit ihm der Auffassung sei, dass der Vertagungsbeschluss in der heutigen Sitzung hinsichtlich der Villa Zanders genau die richtige Entscheidung war. Die Verwaltung könne nunmehr zum Wohle der Einrichtung weitere Überlegungen anstellen und darauf hinwirken, dass die beiden Banken ihr finanzielles Engagement beibehielten oder gegebenenfalls noch ausbauten.

Bürgermeister Orth antwortet, dass kein Mitglied des Rates das jahrzehntelange Mäzenatentum der Banken u. a. dadurch vor den Kopf stoßen wolle, dass die Villa Zanders kurzfristig komplett geschlossen werde. Es sei vielmehr beabsichtigt, ein alternatives Nutzungskonzept zu etablieren. Die städtischen Aufwendungen für den Kunst- und Kulturbetrieb müssten jedoch erheblich reduziert werden. Ansonsten sei über die Schließung anderer Einrichtungen nachzudenken bzw. zu befinden. Die Kriterien, auf Grund deren die Verwaltung eine Kürzung ausgerechnet an dieser Stelle vorschlage, seien hinreichend erläutert worden.

6. Anfrage zum Pflegezustand der Autobahnauf-/abfahrt Refrath

Herr Hoffstadt kritisiert, dass sich die oben genannte Autobahnauf-/ abfahrt permanent in einem schlechten Pflegezustand befinde. Er möchte wissen, ob mit dem Landesstraßenbetrieb ein Gespräch dahingehend geführt werden könne, diesen Missstand zu beseitigen. Notwendig sei es zumindest, gelegentlich Reinigungsarbeiten vorzunehmen.

Stadtbaurat Schmickler sichert zu, diese Anregung erneut aufzugreifen.

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung.

<-@